

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 10.04.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Katrin Flint	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Dörthe Riedel	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Frau Birgitt Berthold	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	anwesend bis 18:50 Uhr
Frau Marion Krischok	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Herr Olaf Sieber	parteilos	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE.	entschuldigt
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsmäßige Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte, den TOP 5.6 - Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e.V. (Vorlage: V/2013/12229) im Zusammenhang mit dem TOP 7.2 - Vorstellung des DLZ Klimaschutz zu behandeln und wenn der Ausschuss zustimme, die Behandlung aus logistischen Gründen (Technik) an den Anfang zu setzen. Weiterhin erklärte Frau Krausbeck, den TOP 5.5 - Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys im Zusammenhang mit dem TOP 8.1 - Diskussion zum Thema Spontanpartys zu behandeln.

Frau Krausbeck führte weiterhin aus, dass zum TOP 5.4 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Tischvorlage vorliegt, sowie eine rechtliche Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2014
- 5.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e.V. (Vorlage: V/2013/12229)
Vorlage: V/2014/12402
- 7.2 Vorstellung des DLZ Klimaschutz

i.Z.m.

4. Beschlussvorlagen
 - 4.1 Vorbereitung der Abfallsatzungen 2015
Vorlage: V/2014/12545
 - 4.2 Bürgerhaushalt Vorschlag B-2 Patenschaften für Grünflächen
Vorlage: V/2014/12458
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Unterhaltungsverband „Untere Saale“
Vorlage: V/2014/12476
 - 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sauberkeit des Hufeisenseegeländes
Vorlage: V/2014/12504
 - 5.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12498
 - 5.4 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des bauhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“
Vorlage: V/2014/12601
 - 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des bauhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage: V/2014/12601)
 - 5.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys
Vorlage: V/2014/12475
- 8.1 Diskussion zum Thema Spontanpartys
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1 Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

i.Z.m.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2014**

Bezugnehmend auf Seite 11, Punkt 7, bat **Herr Misch, CDU-Fraktion**, um Korrektur seiner Aussage. Sein Wortlaut war: „In der Presse wurde kolportiert, dass die Verwaltung Hinweise der Bevölkerung zur Zweckmäßigkeit von Ampelstandorten und Ampelschaltungen entgegennimmt und diesen Hinweisen nachgeht. Ich frage, ob die Verwaltung nicht auf Grundlage rechtlicher Bestimmungen generell verpflichtet ist, verkehrsrechtliche Anordnungen einer laufenden Überprüfung zu unterziehen oder ob dafür das Personal fehlt.“

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung.

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil vom 13.03.2014 wurde einstimmig zugestimmt.

zu 5.6 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e.V.** **(Vorlage: V/2013/12229)**

Vorlage: V/2014/12402

i.Z.m.

7.2 Vorstellung des DLZ Klimaschutz

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte, dass über den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) bereits in der Sitzung des OUA am 13.03.2013 beraten wurde und sich dahingehend geeinigt wurde, ihn heute wieder auf die TO zu setzen und im Zusammenhang mit der Vorstellung DLZ Klimaschutz zu behandeln. Frau Krausbeck begrüßte Herrn Zwick und übergab ihm das Wort.

Herr Zwick, Verwaltung, stellte anhand einer Power-Point-Präsentation die Aufgaben und Inhalte, die Aufbauorganisation und die Ablauforganisation des DLZK vor.

[Die Präsentation ist in Session eingestellt!]

Aus dem Vortrag ergaben sich folgende Fragen:

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Stadtratsfraktion, fragte, wie viele Mitarbeiter, neben den bereits im Vortrag erwähnten fünf Mitarbeitern bei einer solch vielfältigen Aufgabe tätig sein werden. **Herr Zwick** betonte, dass das „Wissen“ umfassend in der Verwaltung vorhanden ist, man muss bei spezifischen Problemen nur die richtige Stelle ermitteln / zur Hilfe hinzuziehen und die vorhandenen „Multiplikatoren“ entsprechend bündeln. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte zu der in der Präsentation aufgeführten Aufgabe Nr. 6, ob der Heizkraftwert für alle städtischen Gebäude vorliege. **Herr Zwick** erklärte, dass genau diese Verbrauchswertermittlung erfolgen muss; aus früheren Untersuchungen

liegen bereits 80% - 90% der Zahlen vor, der Rest muss noch ermittelt werden. **Frau Berthold, sachkundige Einwohnerin**, fragte, ob es bereits aktive Akteure für Gespräche / Beratungen gibt. **Herr Zwick** sagte, dass reihenweise Akteure da seien, z.B. Caritas, IHK, Energieberater; Verbraucherzentrale und diese über Veranstaltungsformate der Stadt eingebunden werden sollen. **Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin**, wollte wissen, ob bislang das DLZK schon von Firmen genutzt wurde. **Herr Zwick** bejahte dies und verdeutlichte dies an Beispielen (Leibnitz-Institut). **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, nahm Bezug auf den Antrag der FDP; stellte fest, dass in der ersten Phase eine Maßnahmenplanung erfolgen muss, weiteren Schritten folgend und fragte, ob Szenarien bis 2050 realistisch sind oder sich dies als ein unangemessener hoher Aufwand für die Verwaltung darstelle. **Herr Zwick** erläutere den derzeitigen Stand: der Entwurf des Umsetzungsplanes läge vor, dieser muss in die Geschäftsbereichs-Beteiligung, um dann den Ausschüssen und dem Stadtrat vorgelegt zu werden. In diesem Jahr sollen noch erste Maßnahmen herausgegriffen werden; Szenarien bis 2050 für die Stadt Halle bestehen nicht und wären auch nicht abbildbar. Eine Abschätzung der Klimaentwicklung für 20-30 Jahre erscheine möglich, belastbare Resultate könnten aus den Szenarien nicht gezogen werden. Frau Fleischer stimmte dem zu. **Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand** erklärte, dass das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU) in nächster Zeit im Rahmen des Projekts „Stadtklimauntersuchungen zur Anpassung an den Klimawandel“ Messstellen an verschiedenen Orten in Halle sowie u.a. in Straßenbahnen errichten wird; genaue Messdaten stehen dann zur Verfügung und eine gemeinsame Präsentation mit dem LAU wird es geben. **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, zog den Antrag im Namen der Fraktion als erledigt zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung berichtet bis zum 31.03.2014 im Ausschuss für Ordnung und Umwelt über den aktuellen Stand des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes und über den Fortschritt des Projektes „Klimaschutz-Planer“.

Die Stadtverwaltung erläutert die statistische Eintrittswahrscheinlichkeit von Szenarien aus diesem Konzept bis 2050.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Vorbereitung der Abfallsatzungen 2015**
****Vorlage: V/2014/12545****

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, führte in den TOP ein. Mit den Fraktionen fanden umfangreiche Gespräche statt, auch über die Form der Stadtratsvorlage (Beschlussvorlage oder Informationsvorlage). Nun habe man sich für die Beschlussvorlage entschieden, wobei es hinsichtlich der Form der Vorlage auch andere Rechtsauffassungen gäbe. Kern des Identsystems ist eine reine technisch-logistische Erleichterung der Abfallentsorgung, indem man wichtige Daten der Abfallbehälter (Größe, Standort, Entsorgungsrhythmus, Inhaber) sicher erfassen könne. Jederzeit sind Kontrollen, Inventuren, Verläufe und Ermittlung von Ursachen einer Störung der Entsorgung möglich. Frau Ruhl-Herpertz wies auf die von allen Fraktionen gut angenommene Veranstaltung am 20.03.2014 bei der HWS GmbH zur „Vorinformation - Einführung Identsystem“ hin und bat um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Herr Misch, CDU-Fraktion, erklärte vorab seine Zustimmung zur Beschlussvorlage und stellte im Namen der Fraktion den Änderungsantrag, Punkt 1 der Vorlage als Informationsvorlage „zur Kenntnis“ zu betrachten.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Anschließend bat **Frau Krausbeck** um Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat ~~stimmt zu~~ **nimmt zur Kenntnis**, dass bei der Abfallentsorgung in der Stadt Halle (Saale) ein Identsystem zur Behältererkennung eingeführt wird.
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Stadtverwaltung als Alternative zur nicht mehr zulässigen „pauschalen“ Halbierung der Restmüllgebühr für die kleinstveranlagten Wohngrundstücke zunächst die Variante „Entsorgung der kleinsten Restmülltonne 60 Liter im 4wöchentlichen Rhythmus“ in den neuen Abfallsatzungen 2015 als zusätzliche Option umsetzt.

**zu 4.2 Bürgerhaushalt Vorschlag B-2 Patenschaften für Grünflächen
Vorlage: V/2014/12458**

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte, in wie vielen Fällen die Übernahme von Patenschaften bislang erfolgt ist. **Herr Rost, Verwaltung**, erklärte, dass bislang leider noch keine Anträge auf Patenschaften eingegangen sind. **Herr Knöchel** erklärte in Richtung des Oberbürgermeisters **Herrn Dr. Bernd Wiegand**, dass vielleicht im Amtsblatt die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeit von Patenschaften informiert werden könnten. **Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand** stimmte dem zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Für kleinere Grünflächen oder für Bäume haushaltsentlastende bzw. haushaltsneutrale Patenschaften anzubieten und
2. In diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Unterhaltungsverband "Untere Saale" Vorlage: V/2014/12476

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, brachte den Antrag für die Fraktion ein. Frau Fleischer erklärte, der Antrag basiere auf der Mitgliedschaft im Unterhaltungsverband „Untere Saale“ und hier bestünde für die Fraktion ein Anliegen, noch inhaltliche Fragen zu stellen. Aus der Unterhaltung entstünden nicht zu unterschätzende Kosten. Resultierend aus der nicht zufriedenstellenden Antwort der Verwaltung, wünscht die Fraktion die weitere Darstellung von konkreten Unterhaltungsmaßnahmen. Auf die Nachfrage auf Abforderung von Fördermitteln beim Umweltministerium erklärte **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, eine Nachfrage beim Landesverwaltungsamt sei erfolgt; es sei unwahrscheinlich, dass das Ministerium anders antworte. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, regte an, hinsichtlich der Vorhaben zur naturnahen Gewässerentwicklung nochmals zu aquirieren, wenn keine Förderung über „ELER“ möglich ist, ob nicht eventuell dann Fördermittel über „EFRE“ Mittel zu erlangen sind. **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, bat nochmals darum, darzulegen, welche konkreten Maßnahmen durch den UHV umgesetzt wurden. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, sicherte Frau Fleischer eine Beantwortung zu. **Herr Neumann, Beigeordneter**, erklärte, dass eine Vertagung des Antrages nicht notwendig sei, es gehe hier um eine Berichterstattung, mit der die Verwaltung durch den Beschluss beauftragt wird.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge dem Stadtrat darlegen,

- wie die Stadt Halle im Unterhaltungsverband (UHV) Untere Saale vertreten wird,
- wie der Stadtrat in Entscheidungen des UHV einbezogen werden kann,
- welchen Einfluss die Stadt Halle im UHV hat,
- welche Vorhaben des UHV auf Antrag der Stadt Halle umgesetzt wurden,
- welche „Vorhaben zur naturnahen Gewässerentwicklung“ zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union vom Unterhaltungsverband Untere Saale auf dem Gebiet der Stadt Halle beantragt bzw. umgesetzt wurden.

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sauberkeit des Hufeisenseegeländes Vorlage: V/2014/12504

Frau Berthold, sachkundige Einwohnerin, brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. **Herr Neumann, Beigeordneter**, verwies auf die Ablehnung des Antrages im Planungsausschuss und übergab für weitere Ausführungen an Herrn Rost, welcher zur Thematik berichten könne. **Herr Rost, Verwaltung**, erklärte, dass sich die Verwaltung seit Jahren mit dem Thema befasse. Zu Anfang wurde zwischen dem damaligen Umweltamt und dem Grünflächenamt die Vereinbarung getroffen, Abfallbehälter am Hufeisensee aufzustellen, welche aber leider durch Dritte in den See verbracht wurden, was eine Entsorgung durch die Stadtwirtschaft/HWS erschwere. Hier

ginge es daher nicht um finanzielle Hindernisse, sondern logistisch-praktische Probleme beständen hinsichtlich der Gewährleistung einer zufriedenstellenden Abfallbeseitigung. Herr Rost führte weiter aus, dass der Hufeisensee fast nur freie Landschaft sei und nach dem Feld- und Forstordnungsgesetz (FFOG) kann sich jeder frei in der Landschaft bewegen. Mit dem Aufstellen von Behältern wird dieses Gebiet zum „öffentlichen Raum“ und damit unterläge die Stadt der Verkehrssicherungspflicht. Diesem im erforderlichen Maße nachzukommen, stelle sich sehr schwierig dar. Mögliche Konsequenzen für die Stadt Halle, durch das Aufstellen von Behältern, wären mit zu bedenken; sollte es zu Unfällen kommen, wäre die Stadt haftbar. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, bekundete die Nachvollziehbarkeit der Ausführungen von Herrn Rost und fragte, ob es vielleicht nicht möglich sei, Container nur am Wegeeingang aufzustellen und dies nicht nur am Hufeisensee, sondern auch an anderen von Müll betroffenen Bereichen. **Herr Rost, Verwaltung**, erklärte, dass im Bereich Peißnitz, Ziegelwiese und Würfelwiese auch begonnen wurde, dem Müllproblem entgegen zu wirken; dies aber nur dort möglich sei, wo die HWS mit ihren Müllfahrzeugen auch hinkommt. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, teilte die Intention von Herrn Knöchel und sprach von einem Vermüllungsproblem. Sie fragte, ob Zufahrtswege nicht hinter dem Altersheim gegeben seien und dort Abfallbehälter fest aufgestellt werden könnten. **Herr Rost, Verwaltung**, erklärte, dass ein 50-l-Papierkorb im öffentlichen Raum so nicht sinnvoll sei, da es im fraglichen Bereich keine Flächenbegrenzung (wie z.B. bei einem Badestrand) gäbe. Vorerst müsse man Grundlagen schaffen, einzelne Flächen zuzuordnen und dann könnte über einen Verteilungsschlüssel ermittelt werden, wo und in welchem Abstand eine Aufstellung von Behältern erfolgen könne. Herr Rost sagte, sobald ein Nutzungskonzept zum Hufeisensee vorläge, könne mit Müllbehältern nachgerüstet werden. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, sagte, eine „Rundumstellung“ des Hufeisensees mit Behältern sei natürlich nicht umsetzbar; er fragte, ob nicht Kontrollen durch das Ordnungsamt eine Maßnahme wären. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, äußerte, das Problem läge in jeder Person selbst, die ihren Müll nicht ordnungsgemäß beseitige.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, jährlich zwischen Mai und September rund um den Hufeisensee geeignete Abfallbehälter aufzustellen und regelmäßig entleeren zu lassen.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu
Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12498**

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragt, warum eine Behandlung der Thematik hier im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten erfolgen sollte. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung wegen fehlender Zuständigkeit.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Nichtbehandlung.

Abstimmungsergebnis: nicht zuständig

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Erhaltungssatzungen auf ihre städtebauliche Notwendigkeit und ihre praktische Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und dem Stadtrat bis zum 31. Mai 2014 Vorschläge zur möglichen Abwägung vorzulegen.

Sämtliche bestandsfähigen Erhaltungssatzungen sind auf www.halle.de jeweils mit einer Gebietskarte zu veröffentlichen.

zu 5.4 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des bauhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dölau, Wohngebiet am Heideweg“

Vorlage: V/2014/12601

i.Z.m.

5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens des bauhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 162 „Dölau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage:

V/2014/12601)

Vorlage: V/2014/12738

Herr Neumann, Beigeordneter, erklärte den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für unzulässig und verwies auf die rechtliche Stellungnahme der Verwaltung vom 10.04.2014. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, warum eine Behandlung im OUA erfolgen müsse; eine Zuständigkeit sei nicht erkennbar. **Stadtrat Olaf Sieber** führte in seinen Antrag ein. Herr Sieber sagte, im Namen der Dölauer Bevölkerung zu sprechen - das so geplante Bauvorhaben sei nicht gewollt, eine ortsübliche Bebauung (Zweigeschossiger, Flächenbegrenzung) entspräche eher den Wünschen der Bevölkerung und des dort üblichen Erscheinungsbildes, es bestehe der Wunsch der üblichen Bebauung nach § 34 BauGB. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, verdeutlichte, dass das Bebauungsplanverfahren genau der richtige Weg sei, die vom Antragsteller geschilderten Probleme zu lösen und fragte, ob die Belange des Naturschutzes und des Brandschutzes im Bebauungsplan damals Bestandteil der Abwägung waren und ob ggf. das Bebauungsplanverfahren überdacht werden sollte. **Herr Neumann, Beigeordneter**, erklärte, dass die Belange des Naturschutzes und des Brandschutzes im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt worden seien. **Herr Friedewald, Verwaltung**, erklärte, dass in den Vorplanungen etwaige Auswirkungen auf die FFH-Gebiete nicht festgestellt wurden, ein Fachgutachten ist dazu erstellt worden. Danach seien keine naturschutzrechtlichen Belange berührt worden. **Herr Neumann, Beigeordneter**, ergänzte, dass bereits alle Fragen im Planungsausschuss beantwortet wurden.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, erklärte, sich bei der Abstimmung zu enthalten, weil der Änderungsantrag unzulässig sei. **Frau Krausbeck** sagte, da der Änderungsantrag gestellt sei, müsse über diesen abgestimmt werden. Über die Zulässigkeit können unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Für den Fall, dass der Änderungsantrag rechtswidrig sei, könne der Stadtrat diesen ablehnen oder der Oberbürgermeister Widerspruch einlegen.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert und erhält folgende neue Fassung:

- ~~1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" vom 10.7.2013 (Beschluss-Nr.: V/2013/11569) aufzuheben.~~
 - ~~2. Der Stadtrat beschließt, das Aufstellungsverfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" einzustellen.~~
- 1. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, in der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 „Dörlau, Wohngebiet am Heideweg“ (Vorlage V/2013/11569) eine zwischen Investor sowie Anwohnerinnen und Anwohnern vermittelte Kompromissvariante mit ortstypischen Gebäudehöhen, Geschosshöhen und Bauvolumen zur Abstimmung vorzulegen.**
 - 2. Weiterhin wird die Stadtverwaltung aufgefordert, bis zum rechtsverbindlichen Abschluss des Bebauungsplanverfahrens keine weiteren Tatsachen durch vorzeitige oder vorläufige Maßnahmenbeginnne oder Baugenehmigungen zu schaffen oder schaffen zu lassen.**

Frau Krausbeck bat um Abstimmung des Antrages des Stadtrates Herrn Olaf Sieber.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" vom 10.7.2013 (Beschluss-Nr.: V/2013/11569) aufzuheben.
2. Der Stadtrat beschließt, das Aufstellungsverfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 162 "Dörlau, Wohngebiet am Heideweg" einzustellen.

zu 5.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys
Vorlage: V/2014/12475 **i.Z.m.**

8.1 Diskussion zum Thema Spontanpartys

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, brachte den Antrag ein und erklärte, das Ansinnen des Antrages sei die Streichung des Standortes Würfelwiese von den für Spontanpartys zugelassenen Flächen und eine erneute Prüfung und Abwägung der Interessen der betroffenen Anwohner. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, ob die Verwaltung das Genehmigungsverfahren nicht dahingehend ändern könnte, dass eine zeitliche und räumliche Beschränkung der Spontanpartys erfolgt, da so derzeit keine Eingriffsmöglichkeit bestünde; demnach könnte jeden Tag, zeitlich unbegrenzt, eine Veranstaltung als Spontanparty statt finden. **Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand**, erklärte, dass eine klare Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag vorliege. Er sei aber gesprächsbereit und erläuterte, dass Gespräche mit dem Investor stattgefunden haben mit dem Ergebnis, dass, wenn Anträge eingingen, max. zwei Veranstaltungen auf der Würfelwiese pro Jahr zu genehmigen wären, jedoch mit der Auflage, die Bässe aus der Wiedergabe herauszunehmen. Begleitet werden diese Veranstaltungen durch den FB Sicherheit. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, bat die Stellungnahme zum Antrag um das Gespräch und das Ergebnis mit dem Investor für die Stadtratssitzung zu ergänzen. Der Oberbürgermeister stimmte zu; die Stellungnahme wird um ein Austauschblatt ergänzt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Würfelwiese wird aus der Liste der zugelassenen Plätze für Spontanpartys gestrichen.

Alle anderen Plätze werden unter dem Gesichtspunkt der Abwägung der Interessen der betroffenen Anwohner nochmal überprüft.

Als betroffene Anwohner im Sinne dieses Beschlusses sind alle Bewohner von Wohnungen zu verstehen, deren Wohnungen sich in Reichweite der vorgegebenen Schallobergrenze befinden.

Auch bei den Spontanpartys erfolgt die Messung an der nächsten Wohnbebauung und entspricht den Grenzwerten kommerzieller Veranstaltungen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Baumfällliste**

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, fragte zu Nr. 192 der Baumfällliste - Böllberger Weg – warum keine Ersatzpflanzungen vorgesehen sind. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, erklärte, dass dies noch im Bescheidungsverfahren ist.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bezog sich auf zwei Baumaßnahmen, Schimmelstraße und Lafontainestraße, und fragte, ob diese Fällmaßnahmen in die Baumfällliste mitaufgenommen werden könnten, da hier doch mit einem hohen Öffentlichkeitsinteresse zu rechnen sei.

Hinsichtlich der Thematik „Private Baumpflanzungen im Öffentlichen Bereich“ erläuterte **Herr Neumann, Beigeordneter**, dass diese im öffentlichen Raum vorgenommen werden können (Beispiele: Park des Hoffens, Erinnerns, Dankens; Baumpflanzungen durch den AHA). Man sei in der Lage, hier auf alle Wünsche reagieren zu können.

weitere Mitteilungen:

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, erklärte, dass man dem Wunsch nachgekommen sei und die Hochwasserschutzfibel im Internet hinterlegt habe. Unter folgendem Link sind die Informationen einsehbar:

<http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Digitales-Rathaus/Dienstleistungen/index.aspx?RecID=1239>

Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, teilte mit, dass der Leiter des Polizeireviers Halle, Herr Mario Schwan, in der Juni- Sitzung des Ausschusses die polizeiliche Statistik 2013 vorstellen wird.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

1. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte, woher die Mittel für die Wasserspiele stammen (in der Presse waren Mittel i.H.v. 100 000 € kommuniziert) und aus welcher Haushaltsstelle die Restmittel stammen.

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, erklärte, dass sie die Haushaltsstelle jetzt nicht nennen könne; ein Teil – 45 000 -€ aber aus einem „Rest-Betrag“ aus „Unterhaltung der Wasserspiele“ stamme, dazu 3 000 € Stromkosten und aus den Mitteln „allgemeine Finanzwirtschaft“ weitere 50 000 € stammen. Das ergäbe die ca. 100 000 € lt. Presse.

2. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, beziehend auf die Antwort der Verwaltung zu Unterhaltungsmaßnahmen von Lichtsignalanlagen vom 31.03.2014, in der die Verwaltung erklärt, dass die Prioritäten innerhalb der Straßenunterhaltungsmaßnahmen überdacht wurden und zu Lasten der Instandhaltung von Straßen, Geh- und Radwegen umgelagert wurden - von welcher Summe auszugehen ist und welche Projekte dadurch nicht erfolgen können.
3. **Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE.**, fragt, ob der unbefestigte Randstreifen in der Elsa-Brändström-Straße, Höhe Physiotherapie, als Parkmöglichkeit für 2 bis 3 Autos für dortige Patienten freigegeben werden könnte, da keine anderweitige Möglichkeit des Parkens besteht.

zu 9 Anregungen

Anregungen wurden nicht gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.04.14

Elisabeth Krausbeck
Ausschutsvorsitzende

Katrin Flint
Protokollführerin